

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### Ein stärkeres deutsches Engagement am Horn von Afrika und Golf von Aden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Beteiligung der deutschen Marine an der neuen EU-Mission EUNAVFOR ASPI-DES ist ein richtiger Schritt, um die deutsche Präsenz in der Gesamtregion des Horns von Afrika zu verstärken und einen deutschen Beitrag für die wichtige Stabilisierung der Lage im Roten Meer zu gewährleisten. Dennoch ist die Beteiligung an dieser neuen Mission noch deutlich zu wenig, um die jüngere strategische Vernachlässigung dieser geopolitisch und geoökonomisch so bedeutenden Region durch Deutschland ausreichend zu korrigieren.

Mit dem Abzug der deutschen militärischen Komponente aus der EUNAVFOR ATALANTA im Jahr 2021 hat Deutschland nicht nur wertvolle Ressourcen aufgegeben, die eine kontinuierliche Lagebilderstellung und Informationsgewinnung über die Entwicklungen in der Region gewährleisten, sondern hat auch die sicherheitspolitischen Beziehungen gegenüber den Staaten am Horn von Afrika vernachlässigt. Deutschland befindet sich dort auch aufgrund dieser Entscheidung im sicherheitspolitischen Blindflug. Die Präsenz unserer europäischen Partner vor Ort kann zwar einen Teil dieses Verlustes auffangen, jedoch erleben wir auch hier immer wieder Einschränkungen und Abstimmungsschwierigkeiten. Die EU-Delegation vor Ort hat erkennbar Schwierigkeiten, den Gesamtauftritt der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und deren teils widerstreitenden Interessen zu koordinieren.

Dabei wird die Lage rund um das für unsere Handelsrouten so wichtige Horn von Afrika und im Roten Meer immer schlechter. Im Sudan tobt seit April 2023 ein brutaler Krieg um die Macht zwischen der staatlichen Armee (Sudanese Armed Forces, SAF) unter De-facto-Staatschef Abdel Fattah Al-Burhan und den Rapid Support Forces (RSF) unter seinem bisherigen Stellvertreter Mohammed Hamdan Daglo. In Äthiopien konnte der Krieg in der Region Tigray zwar zunächst beigelegt werden, jedoch unter enorm hohen menschlichen, politischen und wirtschaftlichen Kosten, die eine nachhaltige Schwächung der Regierung von Ministerpräsident Abiy Ahmed Ali zur Folge hat. Neue Kämpfe um Macht und Einfluss zwischen den Volksgruppen der Amharen und Oromo nehmen zu und lösen bereits wieder größere Fluchtwellen in die Nachbarstaaten aus. In Somalia leidet die Regierung noch immer unter fortwährender Instabilität und fortgesetzten Angriffen durch die Terrormiliz Al-Shabab. Ein diskutierter Abzug der AU-Friedenstruppe unter dem Dach der ATMIS aus Somalia würde die Lage noch weiter destabilisieren. Gleichzeitig ist vor der Küste Somalias ein Wiedererstarken der Piraterie zu beobachten. Zu diesen bereits komplexen Entwicklungen kommt

ein potenzieller neuer Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien um eine mögliche Anerkennung der Unabhängigkeit der autonomen Region Somaliland im Norden Somalias hinzu.

Diese Konflikte finden nicht im Vakuum statt. Vielmehr spielt sich ein Wettstreit um Einfluss durch regionale Akteure in dieser Region ab. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit und mitunter die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen von Ägypten mit den sudanesischen SAF und Eritrea auf der einen Seite, und Äthiopien mit den sudanesischen RSF und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der anderen. Russland baut seinen Einfluss in der Region ebenfalls aus – nicht zuletzt im Bürgerkrieg im Sudan – und verfolgt weiter sein strategisches Ziel, einen Marinestützpunkt am Roten Meer zu etablieren. Es mehren sich zudem Berichte, dass der Iran eine immer größere Rolle im Sudan spielt und dort die SAF mit Drohnen und anderen Waffen versorgt. Auch der Iran versucht dabei, eine permanente Marinebasis am Roten Meer zu etablieren und somit die Durchfahrt durch das Rote Meer von beiden Küstenseiten aus beeinflussen zu können. Dieses Anliegen wurde von der SAF bisher abgelehnt.

Im Auge dieser Auseinandersetzungen und Entwicklungen wird Dschibuti als einer der letzten stabilen und westlich orientierten Staaten in dieser Region immer mehr zur Drehscheibe und beherbergt militärische Stützpunkte für eine wachsende Zahl internationaler Akteure. China und Japan unterhalten dort ihre einzigen Auslandsmilitärbasen weltweit. Auch die USA und Frankreich unterhalten permanente Militärbasen in Dschibuti; Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich sind dort in geringerem Umfang militärisch präsent. Entgegen diesem Trend und des Zuwachses an geopolitischer Bedeutung wurde die sicherheitspolitische Präsenz Deutschlands am Horn von Afrika über die vergangenen Jahre fast vollständig aufgegeben.

Dabei ist das Rote Meer nicht nur als Handelsroute von enormer Bedeutung für Europa und Deutschland. Knapp 12 % des globalen Seehandels und 40 % des Handels zwischen Europa und Asien passieren diese Route. Auch für den internationalen Datentransfer ist die Bedeutung der Region groß: gut 17 % des weltweiten Internetverkehrs werden über Kabel im Roten Meer getragen. Die Sicherheit dieser Verbindungen wird durch neue Konflikte in der Region immer stärker bedroht, wie die jüngsten Berichte über die Kappung eines Unterwasserkabels zeigen ([www.handelsblatt.com/technik/it-internet/telekommunikation-seekabel-im-roten-meer-durchtrennt-bedrohung-fuer-das-internet-in-europa-waechst/100020900.html](http://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/telekommunikation-seekabel-im-roten-meer-durchtrennt-bedrohung-fuer-das-internet-in-europa-waechst/100020900.html)).

Trotz aller Krisen bietet die Region wirtschaftlich große Chancen, die von anderen Staaten längst erkannt und genutzt werden. China hat über die letzten zwei Jahrzehnte bspw. über 4 Mrd. USD in Äthiopien investiert, während die VAE insbesondere über ihren Hafensbetreiber DP World massiv in der Region aktiv ist. Das jüngst zwischen der Türkei und der somalischen Regierung unterzeichnete MoU zeigt, welche strategische Bedeutung die Türkei der Region auch in wirtschaftlicher Hinsicht beimisst. Es würde der Türkei auch eine erhebliche wirtschaftliche Präsenz eröffnen und den Zugang zu wichtigen Fischbeständen.

Die EU hat dieses Potenzial mittlerweile zwar erkannt und im Dezember 2023 mit der neuen „EU-Allianz für das Horn von Afrika“ ([https://international-partnerships.ec.europa.eu/news-and-events/news/global-gateway-eu-and-horn-africa-countries-sign-alliance-boost-economic-development-and-combat-2023-12-15\\_en#:~:text=The%20EU%20Alliance%20will%20support,decent%20jobs%20across%20the%20region.](https://international-partnerships.ec.europa.eu/news-and-events/news/global-gateway-eu-and-horn-africa-countries-sign-alliance-boost-economic-development-and-combat-2023-12-15_en#:~:text=The%20EU%20Alliance%20will%20support,decent%20jobs%20across%20the%20region.)) einen neuen Anstoß geleistet, EU-Akteure durch die Initiative Global Gateway stärker in der Region einzubinden. Gleichwohl muss das Engagement durch Deutschland und die EU schneller und umfassender ausgebaut werden, um die eigenen Interessen insbesondere als exponierte Handelsnation besser durchsetzen zu können.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. die strategische Bedeutung der Region um das Horn von Afrika, den Golf von Aden und das Rote Meer anzuerkennen, mit deutlich größerem Augenmerk eine kohärente Strategie gegenüber der Region zu entwickeln und dabei unsere strategischen Interessen klar zu definieren und mit konkreten Handlungsansätzen zu verknüpfen;
  2. die deutsche Präsenz in den Staaten des Horns von Afrika zeitnah durch die Entsendung zusätzlichen diplomatischen und militärischen Fachpersonals aufzustocken, um einen sichereren Informationsfluss, ein besseres Lagebild und eine bessere Vertretung deutscher Interessen vor Ort zu gewährleisten;
  3. hierzu insbesondere die Entsendung von militärischem Verbindungspersonal an die Deutsche Botschaft von Dschibuti zu priorisieren;
  4. die erneute Entsendung von Stabspersonal in die EUNAVFOR ATALANTA in Dschibuti und ebenso den Wiedereinstieg in die EU-Ausbildungsmission EUTM Somalia zu prüfen;
  5. den Dialog mit in der Region besonders einflussreichen Golfstaaten (insb. VAE, Saudi-Arabien, Katar) auch über die Situation am Horn von Afrika auszubauen, um dort zu einer Annäherung der Interessen zu gelangen und nach Möglichkeit gemeinsam stabilisierend einzuwirken;
  6. den von der Bundesministerin des Auswärtigen geplanten Besuch in Dschibuti zeitnah nachzuholen und darüber hinaus einen engeren und regelmäßigeren diplomatischen Austausch mit dem Land zu suchen;
  7. den Versuchen Russlands und des Iran, permanente Marinebasen am Roten Meer zu etablieren, in enger Koordination mit unseren Partnern und Verbündeten entschieden entgegenzutreten;
  8. sich aktiv um die Einsetzung und Förderung von Global Gateway-Projekten am Horn von Afrika zu bemühen, und damit die Implementierung der neuen EU-Allianz für das Horn von Afrika aktiv zu unterstützen;
  9. unsere Entwicklungszusammenarbeit vor Ort grundlegend zu überprüfen und mit unseren geostrategischen Interessen in Einklang zu bringen – dies betrifft auch unsere langjährige und umfangreiche Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien und die nur auf die Regionalorganisation IGAD beschränkte Entwicklungszusammenarbeit in Dschibuti (im Sinne von weniger in Äthiopien, mehr in Dschibuti);
  10. diplomatische Bemühungen zu intensivieren, um Äthiopien wieder zu einer konstruktiveren Rolle in der regionalen Diplomatie zu bewegen und es somit wieder als Stabilitätsanker statt als Exporteur von Instabilität zu gewinnen;
  11. sich in Abstimmung mit der EU und anderen EU-Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, die Bemühungen zur Stabilisierung Somalias zu intensivieren und insbesondere darauf zu achten, dass Maßnahmen in einem größeren Maße als bisher in die Fläche Somalias getragen werden und wirken;
  12. auf EU-Ebene einen neuen deutschen Beitrag anzubieten, um das sichtbare Wiedererstarken der Piraterie am Horn von Afrika möglichst frühzeitig und effektiv einzudämmen;
  13. den Austausch mit Japan über den internationalen Beitrag zur Piraterie-Bekämpfung am Horn von Afrika zu stärken und die Zusammenarbeit mit Japan in diesem Feld zu fördern;

14. auch mit China in einen punktuellen Dialog über die Region des Horns von Afrika einzutreten und dabei herauszuarbeiten, wo sich unsere Interessen mit chinesischen Interessen überlappen und dann einen Beitrag von China zur Stabilisierung der Region einzufordern;
15. frühzeitig sicherzustellen, dass auch nach der Entsendung der Fregatte Hessen zur EUNAVFOR ASPIDES ein gleichwertiger deutscher Beitrag geleistet wird.

Berlin, den 4. Juni 2024

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**